

„Wenn wir nicht reformieren ist uns der Nieder“

Das heimische Bildungssystem ist in höchstem Maße veraltet und dadurch nicht in der Lage, jungen Menschen das Rüstzeug mitzugeben, um die Anforderungen in einer dynamisch entwickelten Welt zu bewältigen. 150 Tage Halbtagsunterricht im 50-Minuten-Takt ist bestenfalls eine Vorbereitung auf die „Millionenshow“, veranschaulicht Hannes Androsch, der Initiator des „Volksbegehrens Bildungsinitiative“, die derzeitige Situation im Bildungsbereich im Gespräch mit Marie-Theres Ehrendorff.

■ Was ist Ihnen in den vergangenen elf Monaten mit Ihrer Bildungsinitiative gelungen?

Das Thema zu thematisieren. Genau gesagt, in einem Ausmaß, dass es nicht mehr leicht unter den Teppich zu kehren sein wird. 52.000 Unterstützungserklärungen von der Bevölkerung sind kein schlechtes Ergebnis. Und es soll sich nur niemand in der eiteln Hoffnung wiegen, dass nach der offiziellen Verkündung der Anzahl der Unterzeichner des Volksbegehrens am 10. November und der anschließenden Debatte im Nationalrat

die Sache für mich erledigt ist. Wir werden „watch dogs“ bleiben, in welcher Form auch immer.

■ Wie meinen Sie das?

Wir haben uns nicht zwölf Monate dieser Übung unterzogen, damit die Politiker das Ergebnis aberlen lassen, um dann zur Tagesordnung des Stillstands wieder überzugehen. Das soll nicht als Drohung verstanden werden, aber durchaus als Ankündigung, dass wir uns nicht mundtot machen lassen.

■ Welchen Vorwurf können Sie der Politik nicht ersparen?

Wir reden von der Zielsetzung für mehr Gerechtigkeit – in unserem Land eine nie endende Aufgabe. Auch wird davon gespro-

WORUM GEHT'S?

Die Initiatoren des Bildungsvolksbegehrens fordern ein faires, effizientes und weltoffenes Bildungssystem, das so früh wie möglich alle Begabungen des Kindes fördert und Schwächen ausgleicht. Außerdem autonome Schulen ohne Parteien Einfluss, eine leistungsdifferenzierte, hochwertige gemeinsame Schule bis zum Ende der Schulpflicht und ein Angebot von ganztägigen Bildungseinrichtungen sowie eine Aufwertung des LehrerInnen-Berufs und die stetige Erhöhung der staatlichen Finanzierung für Unis auf 2 Prozent des BIP bis 2020. Von 3. bis 10. November können Unterstützer ihre Stimme abgeben.

WER KANN UNTERSCHREIBEN?

Stichtag ist der 29. September. Das bedeutet, dass alle österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die in Österreich ihren Hauptwohnsitz und am letzten Tag des Eintragungszeitraumes das 16. Lebensjahr vollendet haben, das Volksbegehren unterstützen können. Damit es im Parlament behandelt werden muss, sind 100.000 Unterschriften nötig. Dabei werden die Unterstützungserklärungen angerechnet.



chen, dass wir die Armut bekämpfen müssen, ebenfalls eine nie endende Aufgabe. Wenn wir allerdings mit einer Sozialquote von 30,2 Prozent Armut beklagen, dann krankt es im Sozialsystem, und die Treffsicherheit der nicht geringen Mittel ist eindeutig verbesserungsbedürftig. Die größte Armut besteht bei uns in der Bildungsarmut, das heißt, dass durch die Durchlässigkeit die Chancengleichheit nicht besser, sondern schlechter geworden ist.



ren, gang sicher“



„Für unser Anliegen, der gesamten Bildungsarchitektur einen An Schub zur Modernisierung zu geben, sind 52.000 Unterstützungserklärungen eine gute Ausgangsposition - aber bei weitem nicht genug, um die Hindernisse zu überwinden und die Verhinderer zu beseitigen“, ruft Dr. Hannes Androsch zum „Aufstehen und Hingehen“ zum Bildungsvolksbegehren auf.

Foto: APA/Roland Schlager

■ Mit welchen Maßnahmen will das „Volksbegehren Bildungsinitiative“ daran rütteln?

Österreich ist eines der letzten Länder in Europa mit Halbtagsschulen, anderswo hat man die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit eines flächendeckenden Angebots an verschränkten Ganztagschulen bereits erkannt. Die Schule muss zu einem modernen Lebensraum werden. Diese von uns gewünschte Schulform muss es Schülerinnen und Schülern ermöglichen, ihre Talente individuell zu fördern und Schwächen auszugleichen. Parallel dazu bedarf es entsprechend ausgebildeter Lehrerinnen und Lehrer wie auch konzeptionell darauf ausgerichteter Schulbauten.

■ Für den Ausbau von Ganztagschulen fordern Sie 250 Millionen Euro ...

Eine solche Investition wäre nicht nur eine bildungspolitische Maßnahme, sondern auch ein Konjunktur-Anstoß in Zeiten eines abflachenden Wirtschaftswachstums. Das Totschlag-Argument, es sei kein Geld vorhan-

den, lasse ich nicht gelten, wie wir an Frühpensionierungen, Hacklerregelung und Scheinumschulungen sehen, die jährlich zwei Milliarden ausmachen. Österreich verfügt über genügend Mittel, wir setzen sie nur falsch ein.

■ Bildung, Wissenschaft und Innovationen sind die Schlüsselfaktoren für wirtschaftlichen Erfolg. Sind die Defizite bereits spürbar? Steht es wirklich so schlecht um unsere Bildung?

Ganz offensichtlich. Der Generaldirektor der voestalpine hat sich bereits ganz deutlich dazu geäußert. Auch Böhler in Kapfenberg oder die Wiener Städtische Versicherung sind entsetzt darüber, wie wenige, die sich für eine Lehre interessieren, überhaupt aufgenommen werden können. Der Wirtschaft fehlen damit Lehrlinge, und auch beim qualifizierten Personal gibt es bereits Engpässe. In den vergangenen zehn Jahren ist das Niveau der Maturanten dermaßen gesunken, dass bei technischen Studien Grundkurse für Mathematik eingeführt werden müssen. Die

Firma „Saturn“ hat den Bewerbern für ihre Ausbildungsakademie als Einstiegsfrage, „wie viel 20 Prozent von 80 sind“, gestellt. Das konnte mehrheitlich nicht beantwortet werden. Da brauchen wir keinen PISA-Test mehr.

■ Woran krankt es im Bildungssystem?

Es fehlt der politische Wille, daher muss der öffentliche Druck erhöht werden zu einem Druck, an dem die Politik nicht mehr vorbeikommt. Es muss zum nationalen Anliegen werden, und dafür brauchen wir starke Signale aus der Bevölkerung an die Politik. Mut zur Veränderung ist nicht die Stärke der derzeitigen Bundesregierung, und aufkeimende Entwicklungen werden von einer Handvoll politischer Funktionäre reflexartig blockiert. Nur als Hinweis: Dass das „Volksbegehren Bildungsinitiative“ ein Überparteiliches ist, hat sich, wie ich jüngst vernommen habe, noch nicht bei allen Regierungsgliedern durchgesprochen. Aber manche sind ja erst so kurz dabei, die müssen sich wahrscheinlich erst einarbeiten... <